

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Bürozeiten: Di und Do 10.00 – 12.00 | 17.00 – 19.00

Hamburg, 16.11.2004

Presseerklärung des Flüchtlingsrats Hamburg zu den geplanten Schließungen von weiteren 20 Flüchtlingsunterkünften

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Presseerklärung vom 8. November 2004 hat die Behörde für Soziales und Familie angekündigt, neben der für 2003/2004 geplanten und z.T. schon durchgeführten Schließung von 16 Flüchtlingsunterkünften, bis Ende 2005 noch weitere 20 Flüchtlingsunterkünfte mit insgesamt 1.802 Plätzen zu schließen. Insgesamt werden damit bis Ende 2005 ca. 5200 Unterkunftsplätze für Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende abgebaut. Begründet wird dieser Abbau mit einem starken Rückgang der Flüchtlingszahlen, der in Hamburg wesentlich durch eine völlig entmenslichte Abschiebepolitik erzwungen wird: Schwer kranke und traumatisierte Menschen abgeschoben, minderjährige Flüchtlinge werden von der Ausländerbehörde „fiktiv“ ältergemacht und in andere Bundesländer umverteilt, Familien werden getrennt ...

Der Flüchtlingsrat Hamburg kritisiert diese Abschiebepaxis auf das Schärfste. Seit Jahren kritisiert der Flüchtlingsrat aber auch die Hamburger Unterbringungspraxis für Flüchtlinge.

Nahezu alle Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not nach Hamburg kommen, werden in dieser Stadt, die sich selbstgefällig als Tor zur Welt bezeichnet, seit Jahrzehnten unter menschenunwürdigen Bedingungen ohne jede Privatsphäre in oftmals nur als Lager zu bezeichnenden Einrichtungen zwangsuntergebracht. Diese Lagerpolitik gipfelt in der Umfunktionierung der Zentralen Erstaufnahme für Flüchtlinge auf dem Flüchtlingsschiff „Bibby Altona“ in einem gekoppeltes Einreise- und Abschieblager im Herbst 2003: Flüchtlinge, die einreisen und denen von der Stadt Hamburg keine Bleibeperspektive zuerkannt wird, sollen dort unter ständigen Druck gesetzt werden, Deutschland so schnell wie möglich wieder zu verlassen, entweder „freiwillig“ oder durch Abschiebung. Es gibt Hinweise darauf, dass die Verweildauer für Flüchtlinge auf dem Flüchtlingsschiff – laut Asylverfahrensgesetz 3 Monate – inzwischen auf mindestens 4 Monate erhöht wurde und einige Flüchtlinge dort schon jetzt deutlich länger festgehalten werden. Die Belegungszahlen haben sich in den letzten Wochen von vorher durchschnittlich 280 auf jetzt 380 erhöht.

Ziel dieser Unterbringungspraxis ist die Demütigung, Abschreckung, Ausgrenzung und Abschiebung dieser, der Stadt Hamburg anvertrauten Flüchtlinge. Tradition hat in Hamburg auch die willkürliche Umverteilung von Flüchtlingen über die Stadt von einem Lager zum anderen, ohne Rücksicht auf Integration in die jeweiligen Stadtteile, soziale Bindungen, Anbindung an Kindergärten, Schulen, Betreuungseinrichtungen.

Eine zentrale Forderung des Flüchtlingsrat Hamburg ist seit langem die Abschaffung der menschenunwürdigen Hamburger Flüchtlingslager und die Beendigung der gegen Flüchtlinge gerichteten Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik. Die jetzt durchgeführte Schließung von Unterkünften führt jedoch nicht zu einer Beendigung der Hamburger Lagerpraxis sondern zu einer Verschlechterung der Unterbringungssituation aufgrund der höheren Belegungsdichte in den noch verbleibenden Lagern. Die geplante Schließungen müssen gestoppt werden, solange die Flüchtlinge nicht, wie seit Jahren vom Flüchtlingsrat Hamburg gefordert, in Wohnungen untergebracht werden.

Wir fordern den Hamburger Senat auf, genügend Wohnraum für alle zu schaffen und zukünftig auch Flüchtlingen zu ermöglichen, in Wohnungen zu leben.

Für den Flüchtlingsrat Hamburg

Dr. Franz Forsmann